

## **Stellungnahme zur Überarbeitung des Élysée-Vertrags im Rahmen der Anhörung am 17. Mai 2018**

### **Themenkomplex "Energie, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung"**

Dem Deutschen Bundestag am 11. Mai 2018 übermittelt

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer, Germanwatch

Kontakt: Audrey Mathieu, Referentin für Deutsch-Französische und Europäische Klimapolitik  
([mathieu@germanwatch.org](mailto:mathieu@germanwatch.org))

### **Klimaschutz als Bestandteil des Élysée-Vertrags**

Germanwatch hält die Verankerung eines ambitionierten Umwelt- und Klimaschutzkapitels im Élysée-Vertrag für unabdingbar. 1963 wurden im Vertrag in erster Linie der Frieden und seine Sicherung adressiert. In der nun geplanten Ergänzung heißen die besonders zu schützenden Geschwister des Friedens Umwelt und Klima. Für große Teile der Bevölkerungen beider Länder sind Frieden, Umwelt- und Klimaschutz zentrale Themen, die zudem nur gemeinsam mit Partnerländern bearbeitet werden können. Ein Umwelt- und Klimaschutzkapitel im Élysée-Vertrag kann so zum zukunftsweisenden Motivationsanker für die Zusammenarbeit der beiden Länder werden.

Die Erneuerung des Vertrags bietet die Chance, die ambitionierte Umsetzung des wohl größten diplomatischen Erfolgs Frankreichs und möglicherweise der Europäischen Union (EU) in diesem Jahrzehnt, des Pariser Klimaabkommens, gemeinsam voranzutreiben. Sowohl für die französische als auch die deutsche Politik ist eine ambitionierte und faire Paris-Umsetzung im eigenen Land, in der EU und international hochprioritär.

Die Parlamente beider Länder haben darum mit gutem Grund gemeinsam vorgeschlagen, Umwelt- und Klimaschutz in die DNA der deutsch-französischen Freundschaft zu schreiben. Eine langfristige intensive Zusammenarbeit beider Länder zu diesem Thema wird auch getragen von breiter Unterstützung in der Zivilgesellschaft und Wirtschaft. So haben 18 deutsche und französische NRO und zivilgesellschaftliche Dachverbände im November 2017 in einem offenem Brief an Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel mehr Ambition von Frankreich und Deutschland gefordert, um die Pariser Klimaziele in konkrete Politik zu übersetzen. In dem Brief ermutigen sie beide Länder, Treiber für eine ehrgeizige EU-Klimapolitik zu sein, die hochwertige Arbeitsplätze in Europa schafft und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schützt.

Die ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Übergang der EU in eine treibhausgasneutrale Gesellschaft bis 2050 stärken zudem die fundamentalen Werte und Interessen der EU und sind damit eine Chance für die Stärkung der Europäischen Union nach innen und außen. Ambitionierte europäische Klimapolitik...

- schützt die Grundrechte der durch die globale Klimakrise gefährdeten Menschen, deren Zahl exponentiell ansteigt;
- stärkt die regelbasierte internationale Zusammenarbeit;
- treibt die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie das Entstehen neuer und nach Möglichkeit guter Arbeitsplätze voran.

Das politische Europa von heute wurde einst als Gemeinschaft für Kohle und Stahl geboren. Für die Wiedergeburt Europas, von der Präsident Macron spricht, kann und muss die Transformation zu Erneuerbaren Energien und einer blühenden treibhausgasneutralen Industrie eine zentrale Rolle spielen. Mit gemeinsamen klima- und energiepolitischen Initiativen können Deutschland und Frankreich zusammen Sorge dafür tragen, dass die Partner Mittel- und Osteuropas mitgenommen werden. Sie können zudem Impulse für eine stabilisierte Nachbarschafts-Region MENA geben. Eine französisch-deutsche und für weitere Länder perspektivisch offene "Entente Climatique" kann so zum identitätsstiftenden Bindeglied zwischen beiden Gesellschaften werden und der Klima- und Umweltschutz zu einem zentralen Projekt für ein erneuertes Europa werden.

### **Vorschläge zur Integration des Themas Klima in den Élysée-Vertrag**

*[Germanwatch hat folgende Vorschläge z.T. dem französischen Ministerium für den Ökologischen und solidarischen Wandel und dem Bundesministerium für Umwelt im April 2018 vorgelegt.]*

(1) Ein wesentlicher Handlungskompass der Zusammenarbeit beider Regierungen sollte das klare Bekenntnis sein, Vorreiter bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens auf dem Weg zur Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts und der Initiativen des *One Planet Summit* sowie treibende Kraft für die EU-Klimapolitik zu sein. Die deutsche und die französische Regierung können dies durch eine ambitionierte Politik zuhause, konkrete und mit EU-Partnern abgestimmte Eingaben in den Europäischen Rat, koordinierte nationale Politiken zur Klimazielerreichung sowie durch gemeinsame Infrastrukturprojekte voranbringen.

(2) Bei den jährlich stattfindenden Deutsch-Französischen Ministerräten sollte die Teilnahme der klimapolitisch relevanten Ministerien (Umwelt, Energie, Industrie, Bau, Verkehr, Entwicklungszusammenarbeit, Auswärtiges) verbindlich sein. Die Arbeitsebene der klimarelevanten Ministerien sollte sich systematisch einmal alle sechs Monate oder häufiger treffen. Dies betrifft insbesondere die Umwelt- und Energieministerien. Bei den Deutsch-Französischen Ministerräten sollte jährlich ein Fortschrittsbericht zur klimapolitischen Zusammenarbeit vorgelegt und diskutiert werden. Die hierfür geschaffenen Kontrollmechanismen sollten regelmäßig evaluiert werden.

(3) Die deutsche und französische Regierung sollten im neuen Vertragstext festhalten, bei ihrer Umwelt- und Energiewende-Zusammenarbeit der sozialen Dimension hohes Gewicht einzuräumen und den notwendigen Strukturwandel zu begleiten. Dabei kann der neue Élysée-Vertrag Bezug nehmen auf

- die Schaffung guter Arbeitsplätze in Europa,

- den verbesserten Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger,
- und die Bekämpfung von Energiearmut.

Beide Regierungen können dafür in Anlehnung an das europäische Erasmus-Programm ein berufsorientiertes Mobilitätsprogramm für Lehrlinge starten, welches eine v.a. Energiewenderelevante Berufsqualifikation im Partnerland ermöglicht.

(4) Der Bundestag und die französische Nationalversammlung haben bereits thematische Vorschläge zum neuen Élysée-Vertrag gemacht. Der neue Élysée-Vertrag sollte die Grundlage dafür schaffen, dass beide Regierungen in Zukunft folgende zum Teil von beiden Parlamenten angestoßenen Themen prioritär gemeinsam angehen:

- a) Die gemeinsame Anhebung der EU-Klimaziele an die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens und ihre Umsetzung;
- b) Die gemeinsame Entwicklung von klimapolitischen Instrumenten für alle Sektoren, etwa die Entwicklung konkreter Maßnahmen für eine stärkere CO<sub>2</sub>-Bepreisung und entsprechende Berichtspflichten für Investoren und Unternehmen zu klimarelevanten Risiken;
- c) Die Initiierung und das Vorantreiben gemeinsamer Projekte in den Bereichen europäische Eisenbahnverbindungen und Elektromobilität, Stromnetze und Speicher, Energieeffizienz und Industrietransformation;
- d) Die deutsch-französische bzw. europäische Zusammenarbeit bei der Klimaschutz-relevanten Forschung & Entwicklung sowie mit dazu arbeitenden öffentlichen und privaten Stiftungen;
- e) Eine gestärkte gemeinsame, an den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDG) und dem Pariser Klimaabkommen ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit;
- f) Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Zivilgesellschaft und Jugend bei der Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen;
- g) Gemeinsame Initiativen für Bildung für nachhaltige Entwicklung – in Kindergärten, Schulen, Universitäten sowie in der Erwachsenenbildung – voranbringen.